

A N F R A G E von Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) und Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil)

betreffend Herausforderung Flüchtlinge in Schwimmbädern

In Deutschland berichten die Medien seit mehr als einem Jahr über Flüchtlinge, die in Hallenbädern, Freibädern oder in natürlichen Gewässern ertrunken sind oder gerade noch gerettet werden konnten. Die Süddeutsche Zeitung berichtete beispielsweise, dass alleine im ersten Semester 2015 eine niedrige zweistellige Zahl an Asylbewerbern in bayerischen Seen ums Leben kamen. Und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) weiss von verschiedenen Hallenbädern, wo es mindestens einmal pro Woche zu Notsituationen kommt, in denen Flüchtlingen aus dem Wasser geholfen werden muss. Die DLRG befürchtet, dass die Zahl der Flüchtlinge, die beim Baden ertrinken, steigt.

Auch in der Schweiz ist diese Situation bekannt. Berichtet wurde unter anderem im März 2016, dass der Bademeister im Hallenbad Altstetten bis zu sieben Mal am Tag Flüchtlinge vor dem Ertrinken retten musste. Verschiedene Bademeister befürchten, dass im Hochsommer bei vollen Schwimm- und Freibädern die Situation noch gefährlicher wird. Erste Vorfälle auch in Zürcher Schwimmbädern sind bereits jetzt bekannt.

Aus den Medienberichten geht hervor, dass viele Asylbewerber Nichtschwimmer sind, dass sie die Gefahren in den Bädern nicht richtig einschätzen können und ihnen die hiesige Badekultur fremd sei. Die Betreiber und das Personal der verschiedenen Schwimmbäder und Badeanlagen sind mit einer grossen Herausforderung konfrontiert. Die Situation geht weit über das normale Risikopotenzial aus und stellt eine Belastung in vielerlei Hinsicht dar.

Der Regierungsrat wird gebeten, nachstehende Fragen zu beantworten.

1. Ist dem Regierungsrat das neue Phänomen der nichtschwimmenden Asylbewerber und damit auch die damit verbundenen Herausforderungen bekannt?
2. Wie werden die Asylbewerber über die Gefahren beim Baden und über die hiesige Badekultur informiert?
3. Welche Aufgaben haben die mit der Betreuung von Asylbewerbern beauftragten Organisationen in diesem Zusammenhang?
4. Wie werden die Betreiber von öffentlichen Schwimmbädern und weiteren Badeanlagen über diese neuen Herausforderungen informiert?
5. Damit die Sicherheit der Badegäste aus den Asylzentren gewährleistet werden kann, wird an einigen Orten mehr Personal eingesetzt. Wer trägt diese zusätzlichen Kosten, die explizit das Asylwesen verursacht?
6. Erachtet der Regierungsrat ein temporäres Verbot für nichtschwimmende Asylbewerber in öffentlichen Bädern als sinnvoll, um die Situation zu entschärfen?

Tumasch Mischol
Stefan Schmid
Jean-Philippe Pinto